

***BUND-Regionalverband Donau-Iller***  
***BUND-Kreisverband Ulm***

## **Gemeinsame Pressekonferenz zum Jahreswechsel 2008/2009**

**am Dienstag, 30.12.2008  
um 10.30 Uhr  
im BUND-Umweltzentrum Ulm**

**Teilnehmer von Seiten des BUND:**

**Ulrich Müller,  
Regionalvorsitzender**

**Dr. Dieter Fortmann,  
Vorsitzender Kreisverband Ulm**

**Reiner Frohnmüller,  
Regionalvorstandsmitglied, stellv. Vorsitzender Kreisverband Ulm**

## **BUND: „Traurige Rechthaberei“**

**Das zu Ende gehende Jahr hat nach Ansicht des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) viele frühere Aussagen und Thesen der Umweltbewegung bestätigt: Der BUND und andere hätten in der Vergangenheit immer wieder moniert, dass große Autos Benzinschlucker und daher nicht zukunftsfähig seien. Die Umweltverbände hätten beharrlich darauf hingewiesen, dass die Energie- und Rohstoffvorräte auf dem Globus begrenzt sind. Organisationen wie „attac“, aber auch der BUND hätten vor Jahren davor gewarnt, sich auf CrossBorderLeasing-Geschäfte einzulassen. Die Krise der Automobilindustrie, die in der Tendenz steigenden Energiepreise und das Desaster um CrossBorderLeasing verdeutlichten, dass die Umweltverbände in all diesen Punkten Recht behalten hätten.**

BUND-Regionalvorsitzender Ulrich Müller möchte eigentlich nicht als Rechthaber wirken, wünscht sich aber für die Zukunft, dass die Politik kritische Stimmen und Warnungen der „unbequemen Umweltverbände“ ernst nimmt. Heute verstehe kein Mensch, wie sich Politiker noch vor wenigen Jahren darauf hätten einlassen können, elementare Ver- und Entsorgungseinrichtungen um den halben Globus zu vermieten, nur um etwas Geld zu sparen. Ähnlich werde es in zehn oder zwanzig Jahren aussehen, wenn man weiter glaube, die Lösung der Probleme der Welt läge darin, ein ungebremstes Wirtschaftswachstum zu verfolgen oder an Risikotechnologien wie Atomkraft oder Gentechnik in der Landwirtschaft festzuhalten.

### **Engagement für eine Region ohne Agro-Gentechnik**

Um so erfreulicher bewerten die BUND-Verantwortlichen die Resonanz auf ihren Appell, die Region Ulm frei von so genannter Agro-Gentechnik zu halten. Dem vom BUND initiierten Bündnis haben sich mittlerweile über zwanzig Einzelorganisationen angeschlossen. Gemeinsam will man im neuen Jahr erreichen, dass möglichst viele Städte und Gemeinden sowie insbesondere die Stadt Ulm, der Alb-Donau-Kreis und der Landkreis Neu-Ulm beschließen, auf ihren Flächen gentechnisch verändertes Saatgut und die Anwendung entsprechender Futtermittel auszuschließen. Überhaupt

kein Verständnis hat der BUND für den von der „BioRegionUlm“ erhobenen Vorwurf, man würde die Region mit diesem Ansinnen als technologiefeindlich erscheinen lassen und würde ideologisch agieren. Reiner Frohnmüller: „Wenn hier Ideologie im Spiel ist, dann bei den Verfassern solchen Unsinn!“ IHK-Chef Sälzle, der als geschäftsführender Vorstand der Organisation einen entsprechenden Brief an Landräte und Bürgermeister verfasst hatte, stelle sich durch sein ständiges Agieren gegen Belange des Gesundheits- und Umweltschutzes immer wieder selbst ins Abseits. Frohnmüller spielt damit auf den Widerstand Sälzles gegen die bevorstehende Einführung der Ulmer Umweltzone, aber auch den früheren Widerstand der IHK gegen den Ausbau der Ulmer Straßenbahn an.

### **Keine Entwarnung beim Flächenverbrauch**

Keine Entwarnung gibt es nach Ansicht des BUND beim Flächenverbrauch: Zwar ertönten – so Ulrich Müller – nahezu täglich von der hohen Politik „Kampfgesänge gegen den Landschaftsverbrauch“. Auch hätten immer mehr Kommunalpolitiker die Problematik erkannt. Von lobenswerten Einzelinitiativen abgesehen ändere dies alles aber kaum etwas an der Realität. Müller: „In Zeiten florierender Wirtschaft stellt kaum einer in Frage, dass Wohn- und Gewerbeflächen expandieren – und in Krisenzeiten ist man erst recht um jedes Unternehmen froh, das auch nur andeutet, zu investieren, um ihm dann Flächen bereit zu stellen.“

Einen besonders heftigen Eingriff bereiten derzeit vier benachbarte Kommunen in selten gekannter Eintracht im Risstal nördlich von Biberach vor. Müller: „Ein von einer Spedition angemeldeter Bedarf wurde auf Bitten des Landratsamtes und der Stadt Biberach, der Gemeinden Warthausen, Schemmerhofen und Maselheim um einen Bedarf von zwei namhaften Unternehmen ergänzt. Diese Wünsche wurden großzügig aufgerundet und haben inzwischen zur Planung für ein 170 ha großes interkommunales Gewerbegebiet in einer bisher landwirtschaftlich genutzten und für Natur und Naherholung wichtigen Riedfläche geführt.“

Ein Anschluss an die Bahn – die Bahnlinie Ulm-Friedrichshafen führt unmittelbar an dem Gelände vorbei – erscheine aufgrund der bisherigen Diskussion noch absolut unsicher. Neben der Versiegelung von 170 ha Naturfläche würde die Belastung von Mensch, Tieren, Pflanzen, Boden, Wasser und Luft durch das Gebiet selbst sowie

den davon ausgehenden Verkehr enorm steigen. Die von kritischen Bürgern und Naturschutzverbänden vorgebrachten Bedenken würden, so der BUND, bisher mit dem Hinweis abgetan, man stehe ja ganz am Anfang, außerdem dürfe die heimische Wirtschaft nicht gebremst werden. Der BUND werde gegen diesen drastischen Eingriff auf Landesebene vorgehen. Schließlich predigten gerade Umweltministerin Gönner, aber durchaus auch Ministerpräsident Oettinger, permanent, dass man den Flächenverbrauch beschränken müsse. Müller: „Jetzt müssen endlich Taten folgen, hier ist ein Machtwort der Landesregierung erforderlich!“

Die BUND-Vertreter monieren in diesem Zusammenhang, dass gerade im Landkreis Biberach immer wieder Baumaßnahmen in der freien Landschaft begonnen würden, noch bevor überhaupt die Rechtsgrundlage in Form von Flächennutzungs- oder Bebauungsplänen dafür geschaffen worden seien. Konkrete Beispiele seien Ummendorf und Bad Schussenried, wo zugunsten eines namhaften, weltweit agierenden Unternehmens erhebliche Eingriffe in Natur und Landschaft erfolgt seien.

Von wieder anderer Qualität ist nach Meinung des Umweltverbands das, was unmittelbar an der Autobahn im Norden von Ulm geschieht: „Während im Bereich der Ulmer Innenstadt Hochhausplanungen kritisch gesehen werden und zu diesem Zweck sogar ein Gutachten in Auftrag gegeben worden ist, wird draußen in der freien Landschaft ein 300 Meter langer und genehmigte 36 Meter hoher Klotz, der in der Region seinesgleichen sucht, vom Gemeinderat ohne lange Diskussion durchgewunken!“ so Ulms BUND-Vorsitzender Dieter Fortmann. Für ihn steht fest, dass das inzwischen im Bau befindliche Hochregallager eine denkbar schlechte Visitenkarte für Auto- wie Bahnfahrer, die an Ulm nur vorbei- oder durchfahren, darstellen wird. Fortmann: „Wer das Lager und die Gebäude, die ja noch kommen werden, sieht, wird von Ulm keinen positiven Eindruck erhalten!“

Gemeinsam mit den anderen Naturschutzverbänden setze sich der BUND daher dafür ein, das Lager wenigstens so gut als möglich einzugrünen. An die Adresse von Verwaltung und Gemeinderat richtet er die Forderung, dass man sich zukünftig nicht mehr auf alles einlassen sollte, was einzelne Unternehmer von der Stadt forderten. Fortmann: „Auch Wirtschaftsbetriebe haben eine gesellschaftliche Verantwortung, die sich nicht darin erschöpfen darf, Gewerbesteuer zu zahlen!“

## **Kritik an Ausgleichsmaßnahmen**

Kritisch sieht der BUND das Gebaren, was den für Eingriffe in die Natur erforderlichen Ausgleich betrifft: Einen echten Ausgleich in dem Sinn, dass anderswo Fläche der Natur zurück gegeben wird, gebe es in den wenigsten Fällen, so dass in aller Regel landwirtschaftliche Nutzflächen für die Kompensation heran gezogen werden, so BUND-Chef Müller. Dies sähen neben den Landwirten auch Naturschützer zunehmend kritisch. Müller: „In einem so dicht besiedelten Land wie Deutschland müssen wir um jede freie Fläche kämpfen. Wir brauchen sie für den Anbau von Nahrungsmitteln, für die Luftreinhaltung, für die Erholung – und natürlich den Erhalt der Artenvielfalt!“ Priorität müsse ohnehin die Vermeidung von Eingriffen haben, denn: „Je heftiger der Eingriff in Natur und Landschaft, um so umfangreicher fällt der Ausgleich aus.“ Der Verband bemängelt, dass bei vielen Verfahren die Bewertung von Eingriff und Ausgleich nicht transparent sei und überdies zu wenig kontrolliert werde, ob die Ausgleichsmaßnahmen überhaupt umgesetzt werden.

Daher begrüße der BUND grundsätzlich, wenn Ausgleich etwa durch großzügige und umfangreiche Gewässerrenaturierungen erfolge. Hier sei der Bestand auf Dauer „einermaßen“ gesichert und der Landwirtschaft würden meist nur wenig Flächen entzogen. Begrüßenswert seien auch Maßnahmen, die in ein ohnehin zu schaffendes landesweites Biotopverbundsystem integriert werden und somit keine isolierte Einzelmaßnahme darstellten. Lobend hebt Müller in diesem Zusammenhang die Stadt Ehingen hervor, wo im zu Ende gehenden Jahr mit Hilfe einer vorbildlichen Renaturierungsmaßnahme an der Donau der Ausgleich für die Erweiterung eines Gewerbegebietes erfolgte.

## **Energie rückt in den Mittelpunkt**

Ein immer zentraleres Thema auch in der Region ist in den Augen des BUND die Frage nach der zukünftigen Energieversorgung. Frohnmüller: „Nachdem immer klarer wird, dass neben Energieeinsparung und effizienterem Umgang mit Energie ein Ausbau der Nutzung der regenerativen Energiequellen unumgänglich ist, muss gezielt, aber nicht blind der Ausbau von Windkraft- und Photovoltaikanlagen, Wasser-

kraftwerken, Anlagen zur Nutzung von Biomasse sowie der Geothermie voran getrieben werden!“

Speziell in der Region sei jedoch durch die Blockade von Landes- wie Kommunalpolitik das Potential an Stromerzeugung aus Windkraft bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Kein Verständnis haben die BUND-Vertreter, dass es etwa im gesamten Landkreis Biberach nur eine kleine Windkraftanlage gibt, für die sogar das so genannte „Repowering“ – eine Erhöhung der Leistung am gleichen Standort – ausgeschlossen sei. Dabei gebe es – die bestehende Anlage bei Ummendorf sei der Beweis - auch in Oberschwaben ausreichend windhöffige Standorte, an denen Stromerzeugung wirtschaftlich rentabel sei. Natürlich wolle auch der BUND keine „Verspargelung der Landschaft“, aber man hat kein Verständnis dafür, dass Standorte für Windkraftanlagen damit abgelehnt würden, dass der Blick etwa auf historische Klosteranlagen über mehrere Kilometer Entfernung ein wenig beeinträchtigt werde.

Zum strittigen Thema „Biogasanlagen“ sollte nach Meinung des BUND der Trend wieder dahin gehen, in solchen Anlagen ohnehin anfallende Reststoffe aus der Landwirtschaft zu nutzen. Ganz besonders wichtig sei aber, dass nur noch Anlagen errichtet würden, die sowohl der Strom- als auch der Wärmeerzeugung dienen. Müller: „Landwirte, Investoren und Kommunen sind gefordert, die Abwärme von Biogasanlagen sinnvoll zu nutzen!“ Vorbilder gebe es genügend, etwa im Industriegebiet Ulm-Donautal oder in Bechtenrot bei Erolzheim, wo fast das ganze Dorf die anfallende Wärme nutze.

### **Keine neuen Kraftwerke an der Iller**

Während der BUND die Ertüchtigung bestehender Wasserkraftwerke wie an der Böfinger Halde unterstützt, steht er der Neuplanung von Wasserkraftwerken wie aktuell an der Iller geplant ablehnend gegenüber: Es dürfe nicht sein, dass das „Restwasser“ der Iller, das bisher noch nicht für die Stromgewinnung genutzt werde, nun auch noch geopfert werden soll. Müller: „Jeder neue Kraftwerksstandort verbaut auf Generationen die Möglichkeit, die bestehenden Stauwehre zum Beispiel durch den Bau von „Rauen Rampen“ wirklich für Wasserlebewesen durchgängig zu machen. Verbaut werde aber auch die Möglichkeit, die Iller dort, wo es aufgrund der baulichen

und topographischen Gegebenheiten überhaupt noch möglich ist, in großem Stil zu renaturieren, etwa nördlich oder südlich von Dietenheim.

Große Hoffnungen verbindet der BUND mit der unter anderem von ihm initiierten, im Jahr 2008 gegründeten regionalen Energieagentur Ulm. Müller betont, der Beratungsbedarf beim Bürger wie auch bei Betrieben sei in puncto Energieeinsparung groß, die steigenden Energiepreise hätten doch zunehmend zu einem Umdenken in der Bevölkerung geführt.

Ulms BUND-Vorsitzender Dieter Fortmann lobt die Stadt Ulm, die sich selbst gern als „Erste Solarstadt in Deutschland“ sieht, wenn es um eine Vorreiterrolle bei Einsparung von Energie und CO<sub>2</sub> geht: Die Vorgabe, in Neubaugebieten nur noch den ehrgeizigen Niedrigenergiestandard von 40 Kilowatt pro Quadratmeter oder weniger zuzulassen, sei zukunftsorientiert. Fortmann: „Die Diskussion um Einsparung von Energie und CO<sub>2</sub>-Emissionen bewegt sich in Ulm auf einem hohen Niveau!“

Gleichzeitig bedauere der BUND das vorzeitige Ausscheiden des „langjährigen und erfolgreichen Promoters der Energiewende in Ulm“, Dieter Danks, aus seiner bisherigen Tätigkeit als Betriebsleiter der FUG. Danks habe mit dem Ausbau des Fernwärmenetzes, der Verbindung des Müllheizkraftwerks im Donautal mit dem Kraftwerk in der Weststadt und der Realisierung des Biomasseheizkraftwerkes der FUG den entscheidenden Durchbruch bei der CO<sub>2</sub>-Einsparung in Ulm erzielt.

### **Lob für Renaturierungsmaßnahmen an der Donau**

Lob spendet der BUND der Wasserwirtschaft für ihre Arbeit insbesondere an der Donau: Die in den letzten Jahren durchgeführten größeren Renaturierungsmaßnahmen bei Riedlingen, Lauterach oder Ehingen, aber auch viele kleinere Maßnahmen wie etwa bei Erbach zeigten, das selbst größere Flüsse wieder naturnäher und erlebnisreicher gestaltet werden könnten, wenn Geld und Fläche vorhanden seien. Der BUND begrüßt in diesem Zusammenhang sehr die nächste, zwischen Hundesingen im Landkreis Sigmaringen und Binzwangen im Landkreis Biberach geplante Großmaßnahme. Hier soll die Donau auf einer Länge von fast drei Kilometern in ein neues, naturnahes Bett verlegt werden.

Um so unverständlicher ist für den BUND, dass verschiedene, im Stadtgebiet Ulm zum Teil seit Jahren geplante Maßnahmen nicht voran kommen. Fortmann klagt: „Wiederanbindung des Altwassers Hirschhalde an die Donau, stärkere Durchflutung des Auwalds am Jungfernstück, Uferrenaturierung zwischen Stadtgrenze Erbach und Innenstadt – wann erhalten diese Planungen von der Stadt endlich grünes Licht?“ Nehme man die Austrocknung des Auwalds an der Illerspitze nach dessen Abtrennung vom Wasserzufluss durch die Weihung hinzu, so komme man im Hinblick auf die beiden großen Flüsse auf Ulmer Gemarkung eindeutig zu einer Negativbilanz.

Eine erfreuliche Perspektive, so Fortmann, böten dagegen die Bestrebungen der Stadt, den Naherholungswert der Donau, ihre Erlebbarkeit und Zugänglichkeit für die Ulmer Bürgerschaft zu erhöhen. In dem von Bürgermeister Wetzig eröffneten „Dialog Grün“ sei interessierten Bürgerinnen und Bürgern klar geworden, welche einmalige Chance Ulm gegenüber anderen Donaustädten mit immerhin 14 Kilometern freizugänglichen Kilometern Donauufer habe. Hier erwarte der BUND in absehbarer Zeit konkrete Planungsvorschläge.

### **BUND fordert Verzicht auf Kriechspuren an der Westtangente**

Wie viele Bürgerinnen und Bürger am Eselsberg fordert der BUND einen Verzicht auf den Bau weiterer Kriechspuren am Ulmer Tangentenring. Lastwagen würden die Steigungen an der Westtangente zwischen Donautal und Eselsberg „locker“ mit 50 Kilometer pro Stunde bewältigen. Berücksichtige man, dass man auf dieser Strecke nur 70 fahren dürfe, ließen sich nach Bau von Kriechspuren kaum 20 Sekunden einsparen. Diese minimale Zeitersparnis rechtfertigt nach Meinung der Umweltschützer auch im Hinblick auf andere Belastungen und Aufgaben keinesfalls, 15 Millionen Euro auszugeben. Geradezu „hirnrissig“ sei der Gedanke, erst vor wenigen Jahren erstellte Lärmschutzwälle und –wände mit einem gewaltigen Aufwand in Richtung Wohnbebauung zu versetzen. Fortmann ergänzend: „Und am Rutschhang Kuhberg sollte man froh sein, dass die Wälle und Einschnitte der Tangente derzeit halten!“ Der so genannte Mittlere Ring sei als zweispurige, mit maßvollem Tempo zu befahrende Stadtumgehung angelegt, dabei solle es bleiben. Keine Einwendungen hat der BUND dagegen, einzelne Einmündungen in die Tangente so umzugestalten, dass

einfahrende Fahrzeuglenker dazu auch eine Chance hätten. Fortmann: „Der Anbau von Überhol- oder Kriechspuren wäre gerade auch im Hinblick auf die Entschärfung der Kreuzungssituationen kontraproduktiv und die geplanten 15 Millionen wären besser in die dringend notwendige Straßenbahn auf den Eselsberg investiert.“

### **Verlängerung des Tangentenrings durch das Baugebiet „Lettenwald“**

Gegen die „aberwitzige Reißbrett-Planung“, den Tangentenring einfach an vorhandenen und geplanten Wohngebieten in Böfingen vorbei sowie hindurch zu verlängern, habe der BUND sofort Alarm geschlagen. Fortmann ist der Ansicht, dass inzwischen die „Planungseuphorie“ allgemeinem Nachdenken gewichen sei: Der Anschluss an den Kreisverkehr an der B 19 sei wohl vom Tisch und damit bleibe den künftigen Anwohnern des schön gelegenen und geplanten Wohnbaugebiets „Am Lettenwald“ wohl auch der nach dem Verkehrsgutachten zu befürchtende massive Durchgangsverkehr mitten durchs Wohngebiet erspart.

### **Lob und Tadel für den Naturschutz in Ulm**

Landschaftsentwicklung für Natur und Naherholung hat nach Einschätzung der Naturschützer in den letzten Jahren einen höheren Stellenwert in der Stadtpolitik gewonnen. Die Stadt gehe sorgsamer als früher mit ihrem „Schatz an Streuobstwiesen“ um. Heckenstreifen durchzögen die früher ausgeräumte Landschaft und auch im Kernstadtgebiet würden erfreulich viele Bäume gepflanzt – auch durch Spenden von Bürgern, die durch die sehr lobenswerte Aktion „Pflanz dir einen Stammbaum“ zusammen kämen.

In den städtischen Baugebieten dagegen halte sich, so Fortmann, die Stadt nicht an ihre eigenen Schutzvorgaben. Fortmann: „Im Baugebiet Lindenhöhe am Kuhberg geht es in Bezug auf den Naturschutz seit zwei Jahren zu wie im Wilden Westen. Da herrscht offenbar das Recht dessen, der gerade auf dem Bagger sitzt!“ Schon im ersten Bauabschnitt seien alle zum Erhalt vorgesehenen Hecken und Bäume beseitigt worden. Es sei nicht einmal mehr nachprüfbar, wer dies veranlasst und durchgeführt habe. Auch im zweiten Bauabschnitt sollen große schützenswerte Hecken zu

Bauplätzen werden. Und im noch gar nicht zur Bebauung freigegebenen dritten Abschnitt seien jetzt schon ohne jede Genehmigung Obstbäume gerodet worden.

Eine ständige Bauaufsicht habe sich die Stadt aus Kostengründen gespart, wie dem BUND gegenüber die Stadt bedauernd erklärt habe. Fortmann dazu kurz: „Hier ist dringend eine Neuorganisation angesagt!“ Es zeige sich auch, wie fatal sich die Bebauung der Hangleite des Hochsträß auf diese hochsensible Landschaft auswirke. Auf beiden Seiten des Hochsträß müsse jetzt endlich Schluss sein mit weiterer Bebauung.

### **Jubiläum der Bundesfestung**

Die Wogen um die Gestaltung des Jubiläums „150 Jahre Bundesfestung“ haben sich nach Einschätzung des BUND geglättet. Die Stadt habe den Naturschutzverbänden versichert, dass auch der Naturschutz, für den im Stadtgebiet Ulm das Gelände der alten Festungsanlagen eine Schlüsselrolle einnehme, zu seinem Recht kommen werde. Gemeinsame Gesprächsrunden zwischen Stadtverwaltung, dem Förderverein Bundesfestung Ulm und den vier großen Naturschutzverbänden hätten begonnen und zu guten Ergebnissen geführt.

Fortmann: „Von nächtlicher Beleuchtung der Wilhelmsburg redet niemand mehr, weitere größere Rodungen von Bäumen sind nicht geplant. Was an Natur um die vielen Fortanlagen in Ulm in 150 Jahren angepflanzt oder entstanden ist, wird von allen Seiten als schützenswert geschätzt!“ Was davon die Mauern der Festungsanlagen direkt bedrohe, müsse auch nach Einschätzung des BUND dem Schutz der Gebäude und Mauern geopfert werden. Aber nicht nur die Architektur, sondern auch die unaufgefordert entstandenen und schützenswerten Biotope von selten gewordenen Pflanzen, Insekten, Vögeln und Fledermäusen sollten zum Erbe der Bundesfestung gezählt und erhalten werden.